



Dr. Jürgen R. Winkler  
Institut für Politikwissenschaft  
Johannes Gutenberg-Universität Mainz

# Die Bundestagswahl 2013

Warum ging die Wahl so aus und welchen Stellenwert haben Arbeitnehmer-Interessen?

## Gliederung

- Wählerverhalten 2013
- Bedingungen des Wählerverhaltens
- Trends im Wählerverhalten 1949 - 2009
- Wahlkampfstrategien
- Einstellungen der Bürger
- Konsequenzen der Wahl

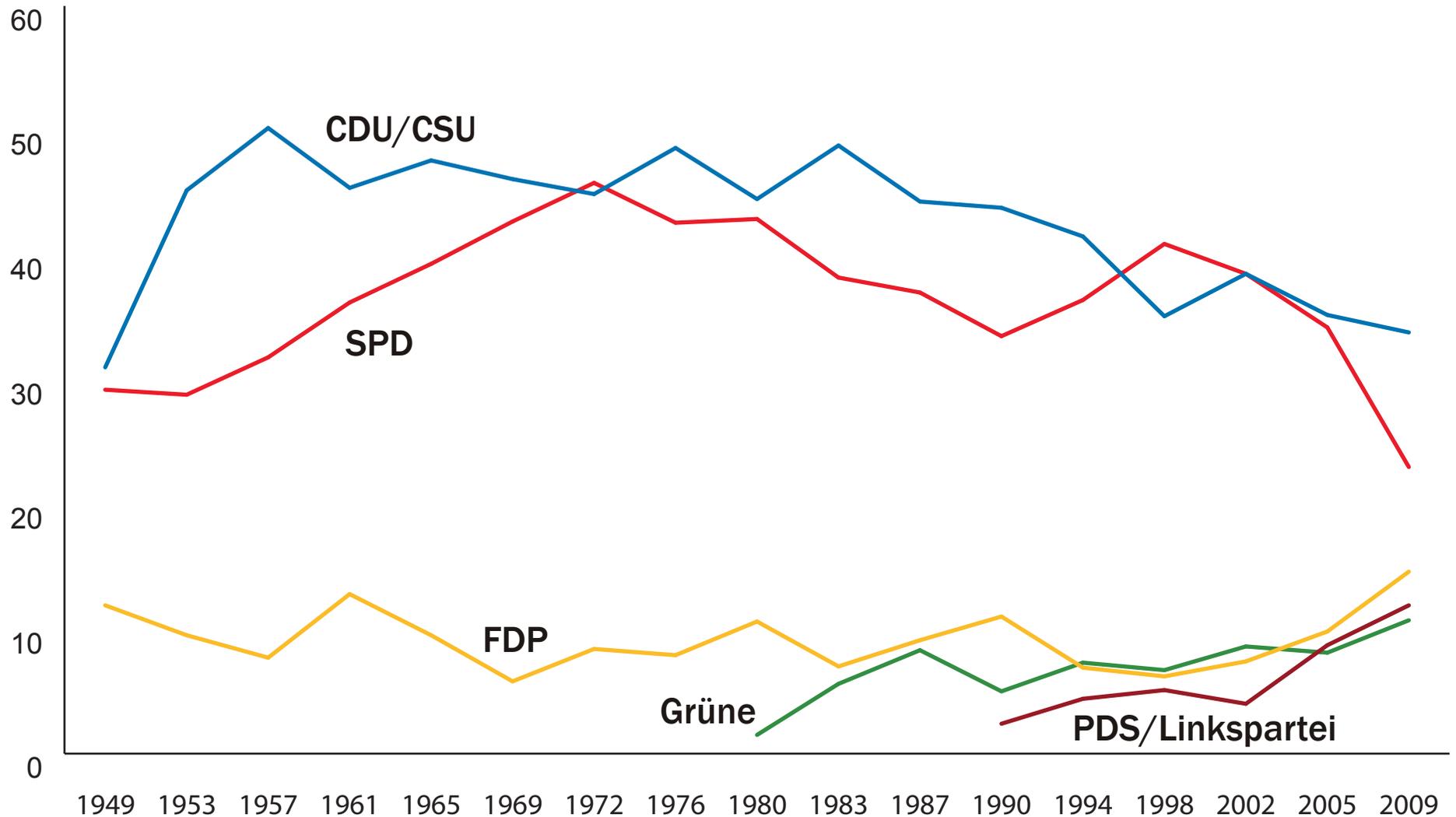
# Die Bundestagswahl 2013



**Wahlverhalten**

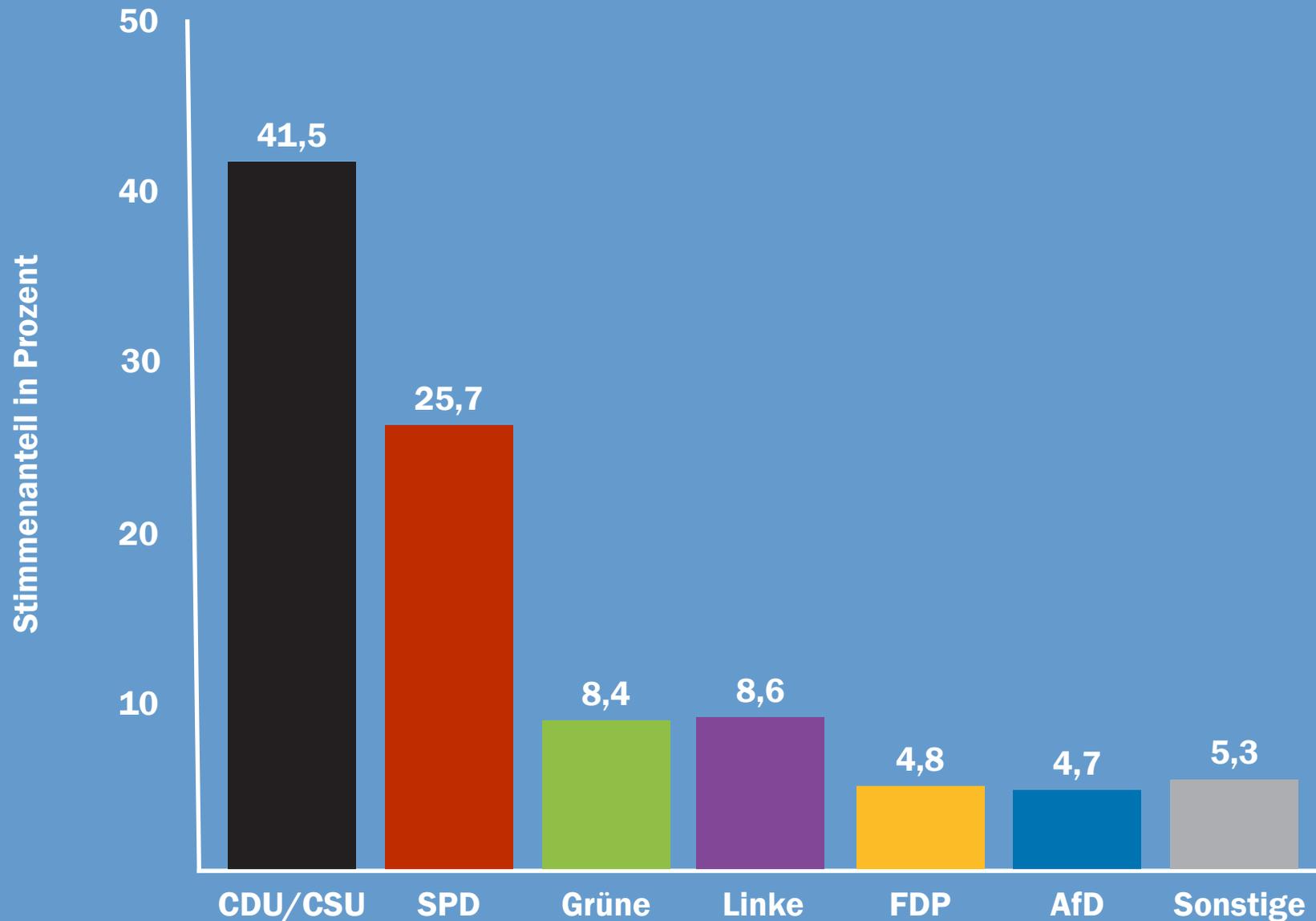
# Die Entwicklung des Parteiensystems in der Bundesrepublik 1949 - 2009

(Stimmenanteile der größten Parteien)



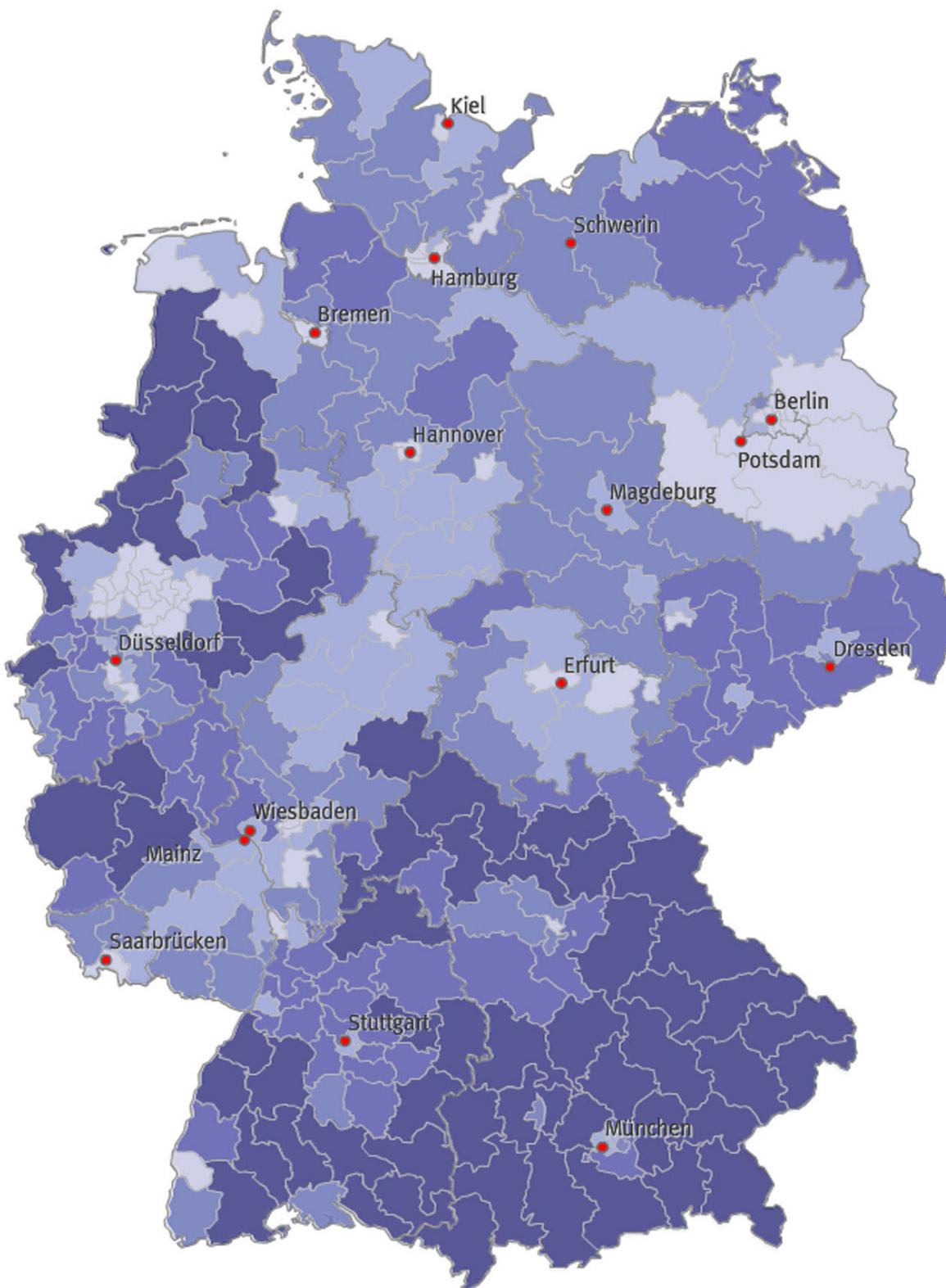
# Bundestagswahl 2013

Zweitstimmen (vorläufiges Endergebnis)



# CDU/CSU

## Zweitstimmen in den Wahlkreisen

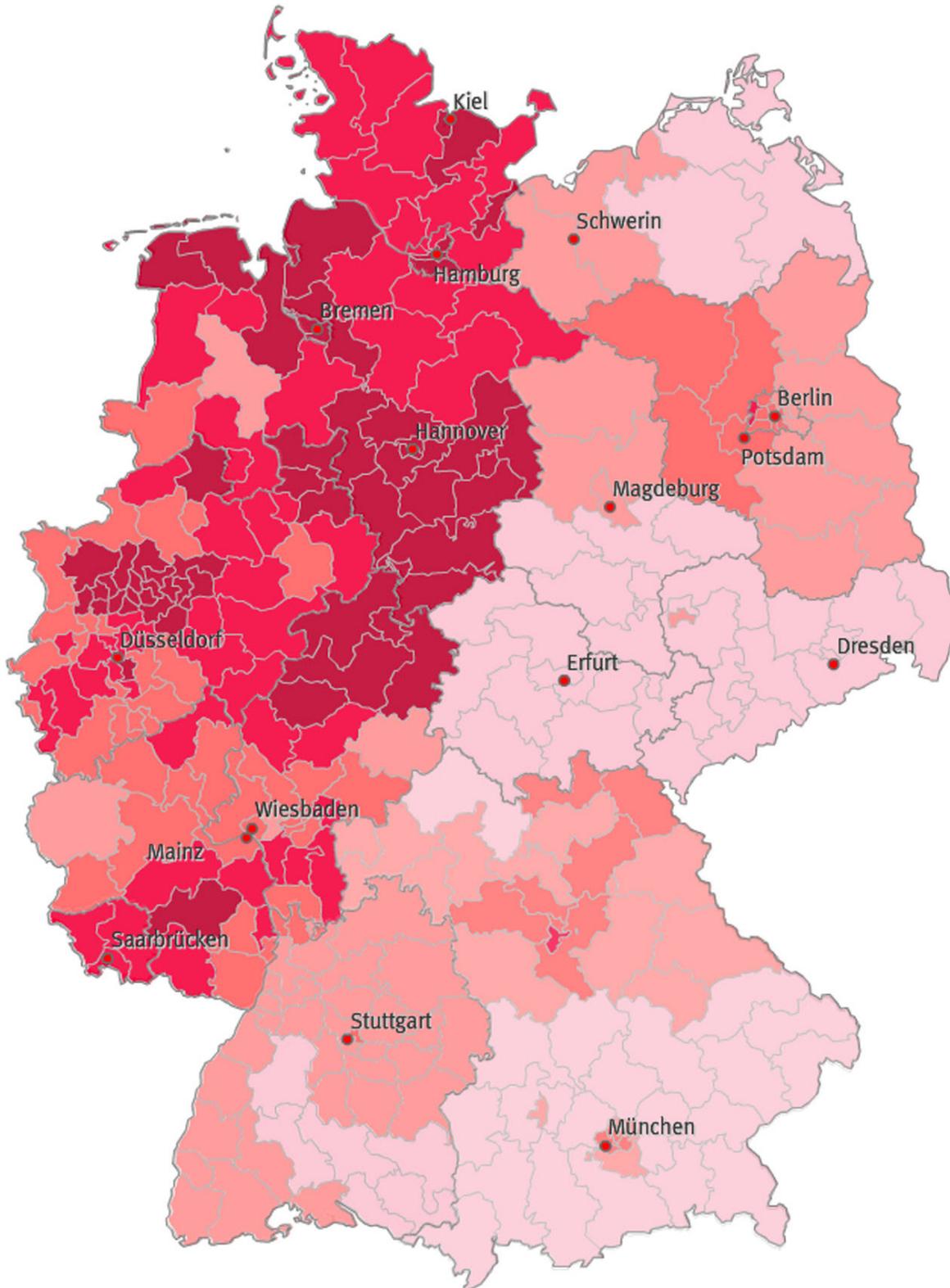


Angaben in %

unter 35,5	Häufigkeit:	59
35,5 bis unter 39,4		61
39,4 bis unter 43,7		63
43,7 bis unter 47,7		57
47,7 und höher		59

# SPD

## Zweitstimmen in den Wahlkreisen

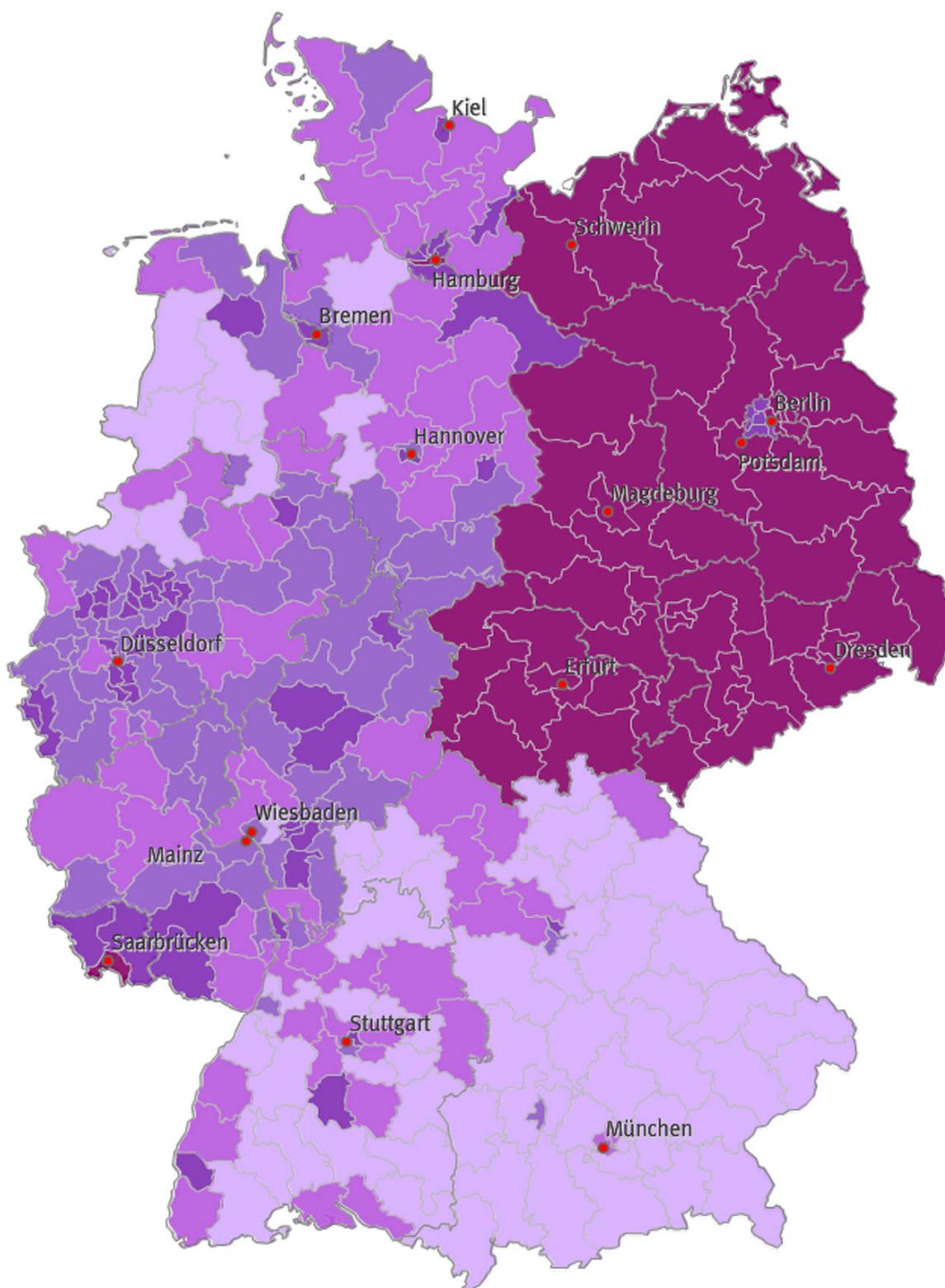


Angaben in %

	unter 18,9	Häufigkeit:	59
	18,9 bis unter 22,7		63
	22,7 bis unter 27,8		60
	27,8 bis unter 32,6		60
	32,6 und höher		57

# Die Linke

## Zweitstimmen in den Wahlkreisen

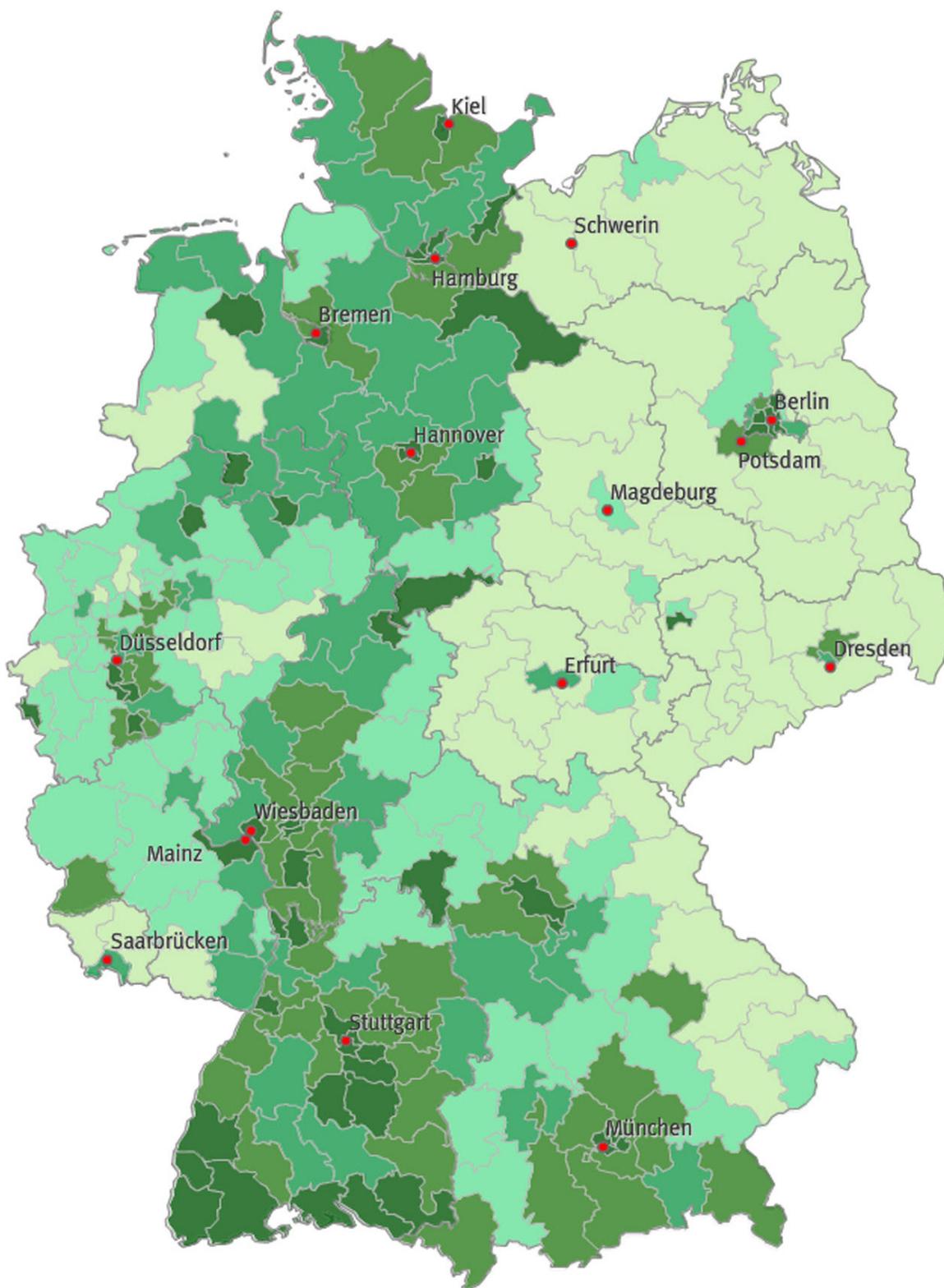


Angaben in %

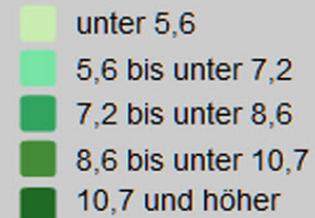
unter 4,4	Häufigkeit:	58
4,4 bis unter 5		62
5 bis unter 6,4		62
6,4 bis unter 10,7		58
10,7 und höher		59

# Grüne

## Zweitstimmen in den Wahlkreisen



Angaben in %



Häufigkeit: 59

64

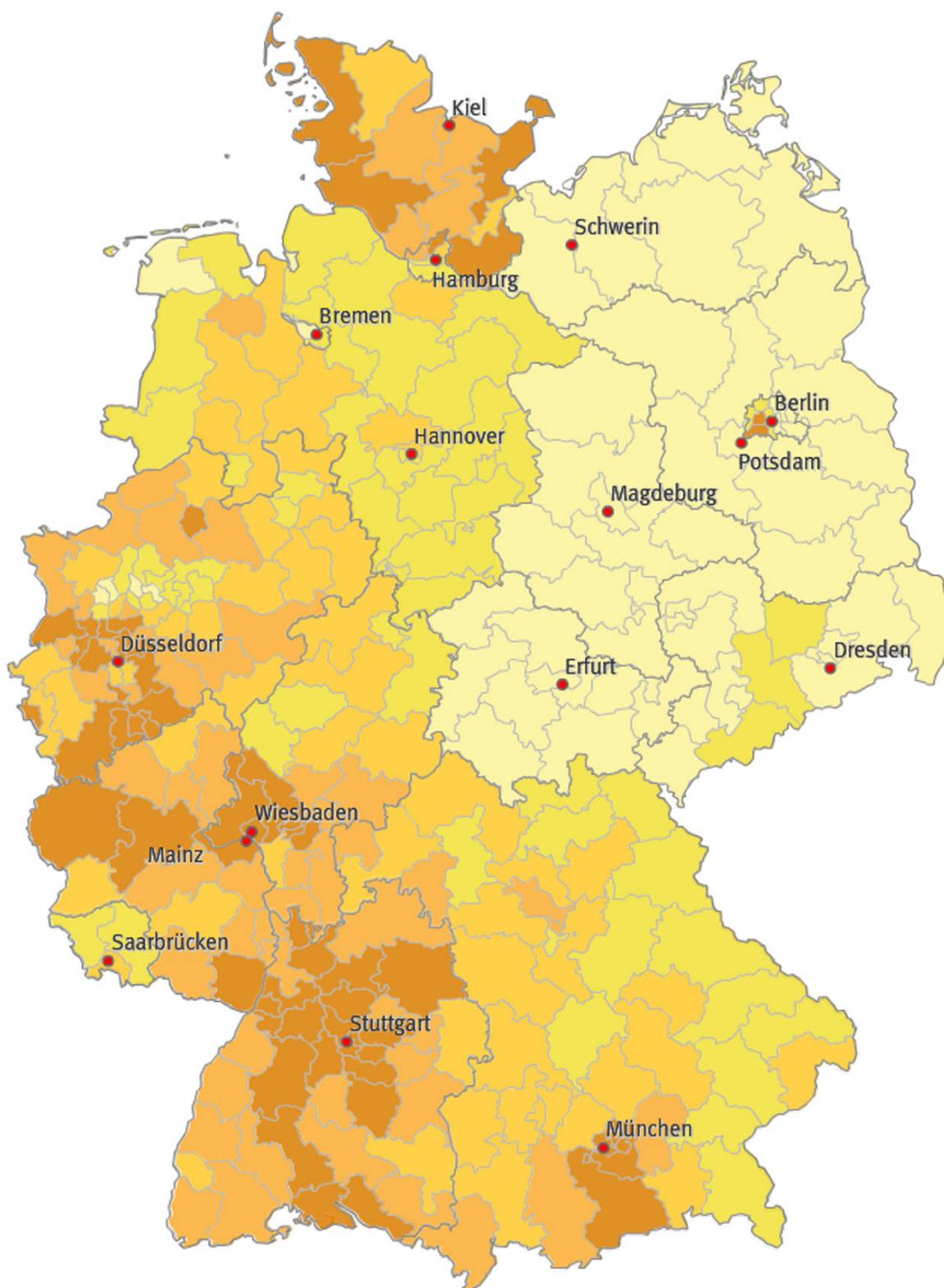
57

60

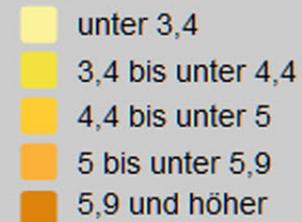
59

# FDP

## Zweitstimmen in den Wahlkreisen



Angaben in %



Häufigkeit: 59

64

58

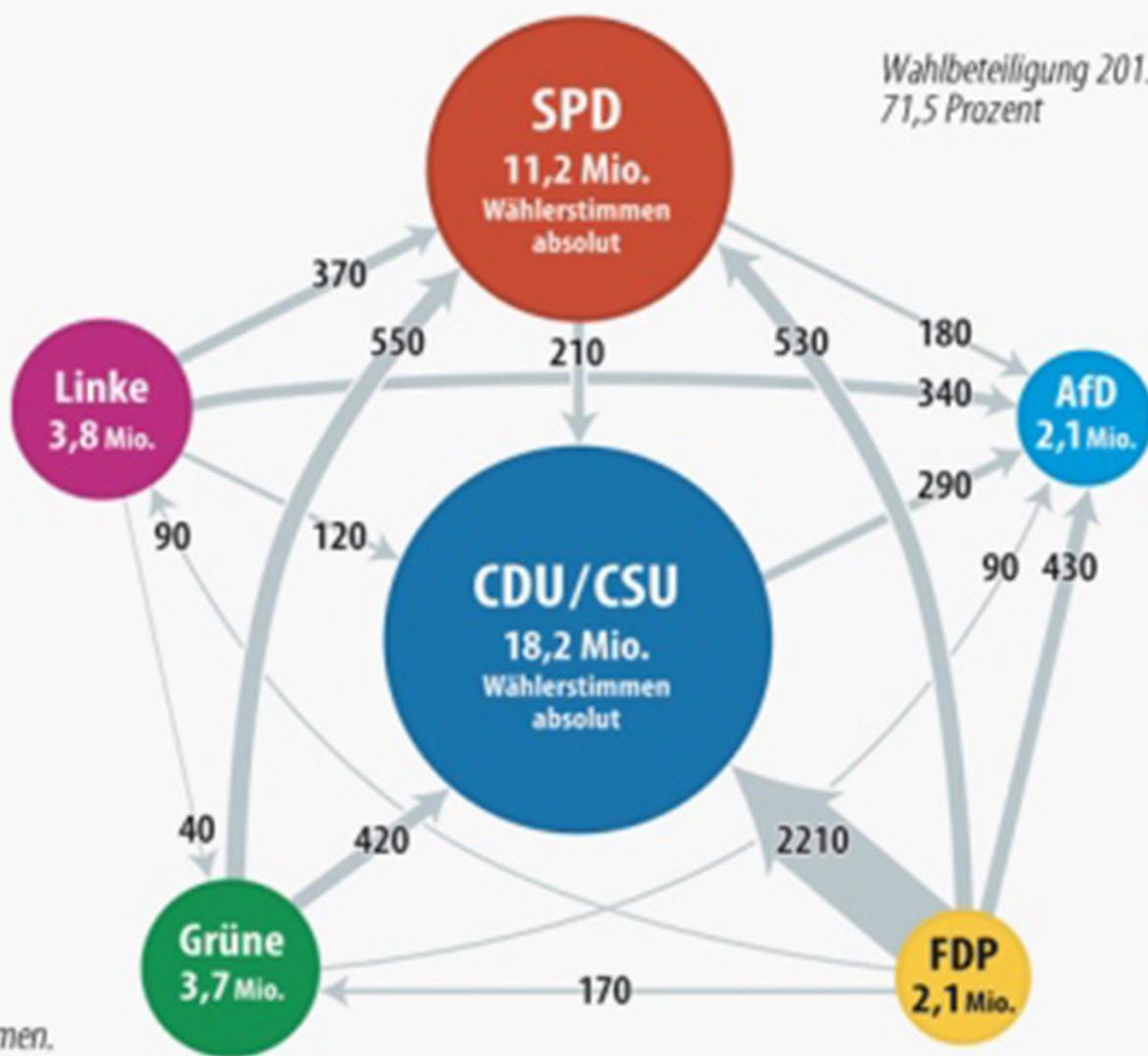
59

59

## Wählerwanderung

Saldo aus Zu- und Abwanderung bei der Bundestagswahl 2013 (gegenüber 2009) in Tausend<sup>1)</sup>

Wahlbeteiligung 2013:  
71,5 Prozent

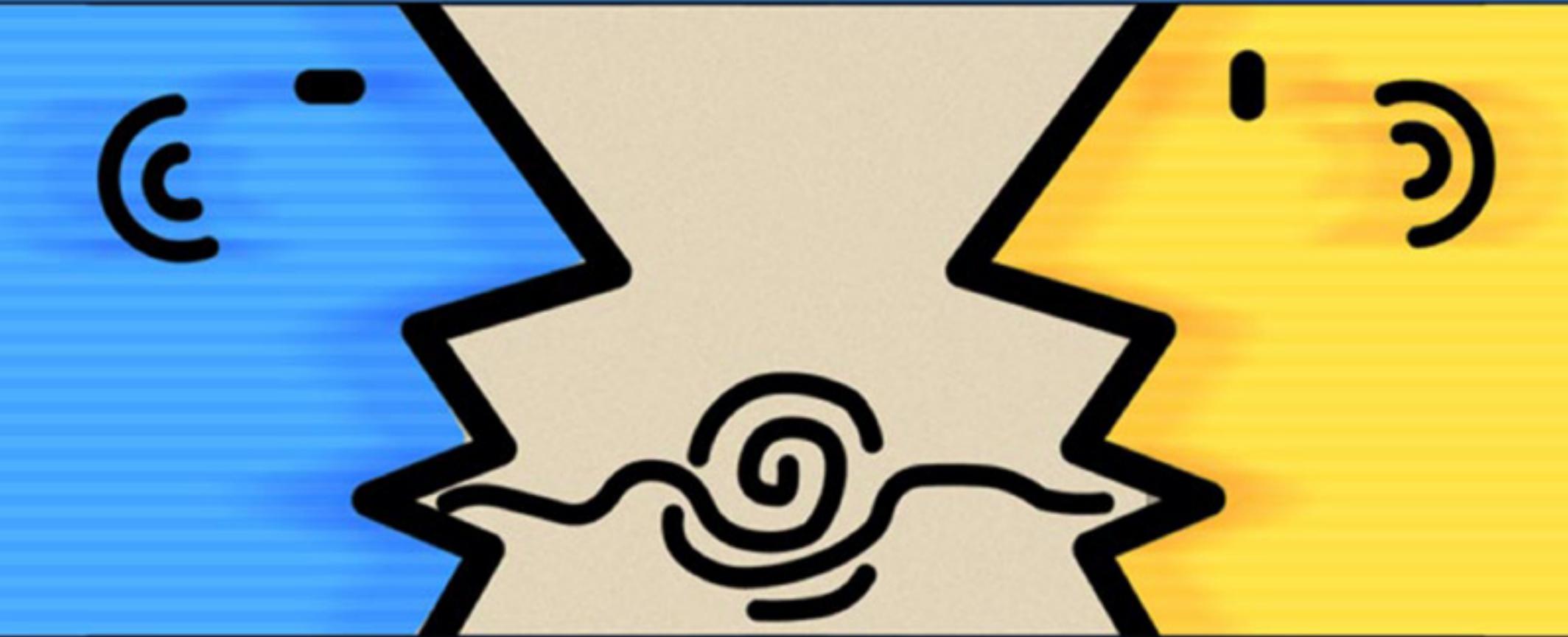


Wählerwanderung von Nichtwählern (17,6 Mio.):  
zu CDU/CSU 1130000, zu SPD 360000, zu AfD 210000.

Wählerwanderung zu Nichtwählern:  
von FDP 460000, von Linken 320000, von Grünen 40000 Stimmen.

1) Umfrage zu Zweitstimmen. Ausgewählte Parteien. / Quellen: Infratest Dimap für ARD; Bundeswahlleiter

# Bedingungen des Wählerverhaltens



**Theorie**

# Soziologische Theorie

## Randbedingungen und Regelmäßigkeiten

- Interessen der Bürger sind in der Sozialstruktur verankert
- Soziale Merkmale determinieren das politische Verhalten
- Parteien als Repräsentanten sozialer Gruppen
- Merkmale: Konfession, soziale Schicht, Stadt-Land, Region, Alter, Geschlecht, Bildung

# Soziologische Theorie

## Randbedingungen und Regelmäßigkeiten

- Bürger gehören diversen sozialen Gruppen an
- Verhaltenserwartungen
- politische Vorfeldorganisationen
- Meinungsführer
- Gleichlaufende und gegenläufige normative Erwartungen
- Stammwähler, Nichtwähler, Wechselwähler

# Soziologische Theorie

## Randbedingungen und Regelmäßigkeiten

- **Cleavage:** eine auf Dauer angelegte Koalition zwischen politischen Eliten und sozialen Großgruppen
- Verhalten der Parteieliten, Aktualisierung der Kernfragen (Identität der Parteien)
- **Klassen- und Konfessionswahl:** SPD und CDU/CSU

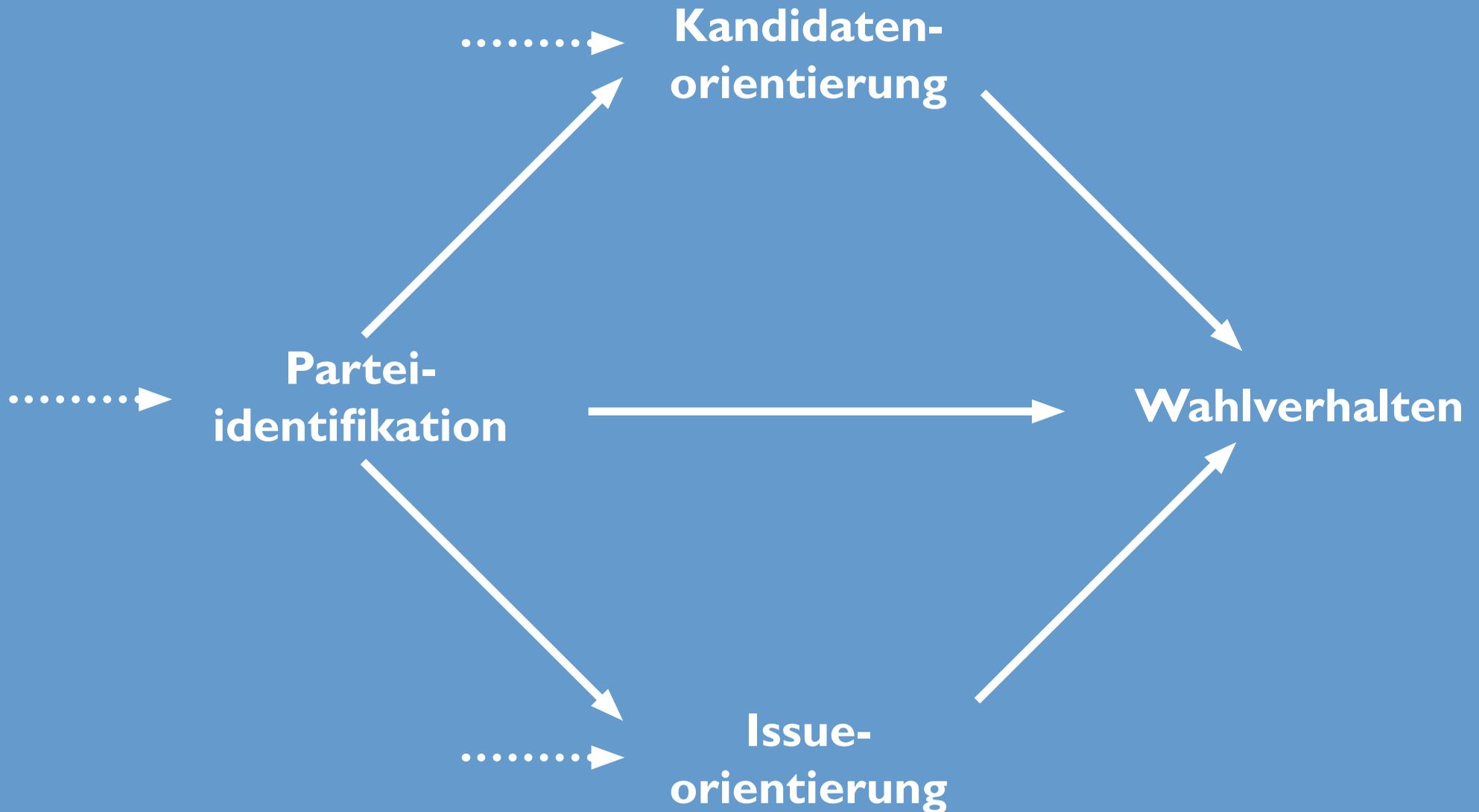
# Sozialpsychologische Theorie

## Randbedingungen

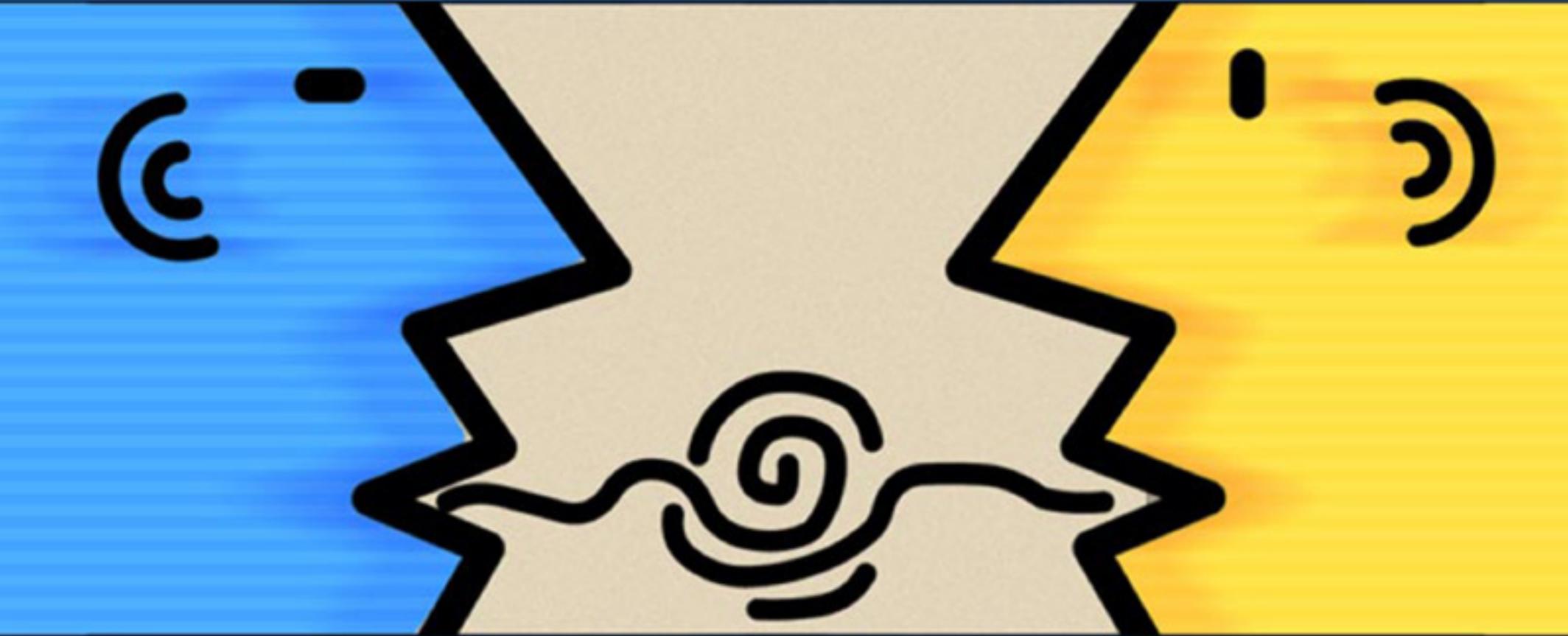
### Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger

- Parteiidentifikation
- Kandidatenorientierungen
- Issueorientierungen

# Die Grundstruktur der sozialpsychologischen Theorie des Wählerverhaltens



# Entwicklung der Rahmenbedingungen des Wählerverhaltens



**Empirie**

## Wandel der Sozialstruktur

- Selbstständige, Arbeiter, Angestellte, Beamte
- Gewerkschaftsmitglieder (weniger als 10% der Wähler)
- Kirchenmitgliedschaft (von 95 auf 60 %)
- Kirchgänger (weniger als 10% der Wähler)
- Normative Erwartungen der Bezugsgruppen
- Auflösung der sozialmoralischen Milieus
- Demografischer Wandel

## Wertewandel

- Bildungsexpansion
- von materialistischen und autoritären zu postmaterialistischen libertären Werten

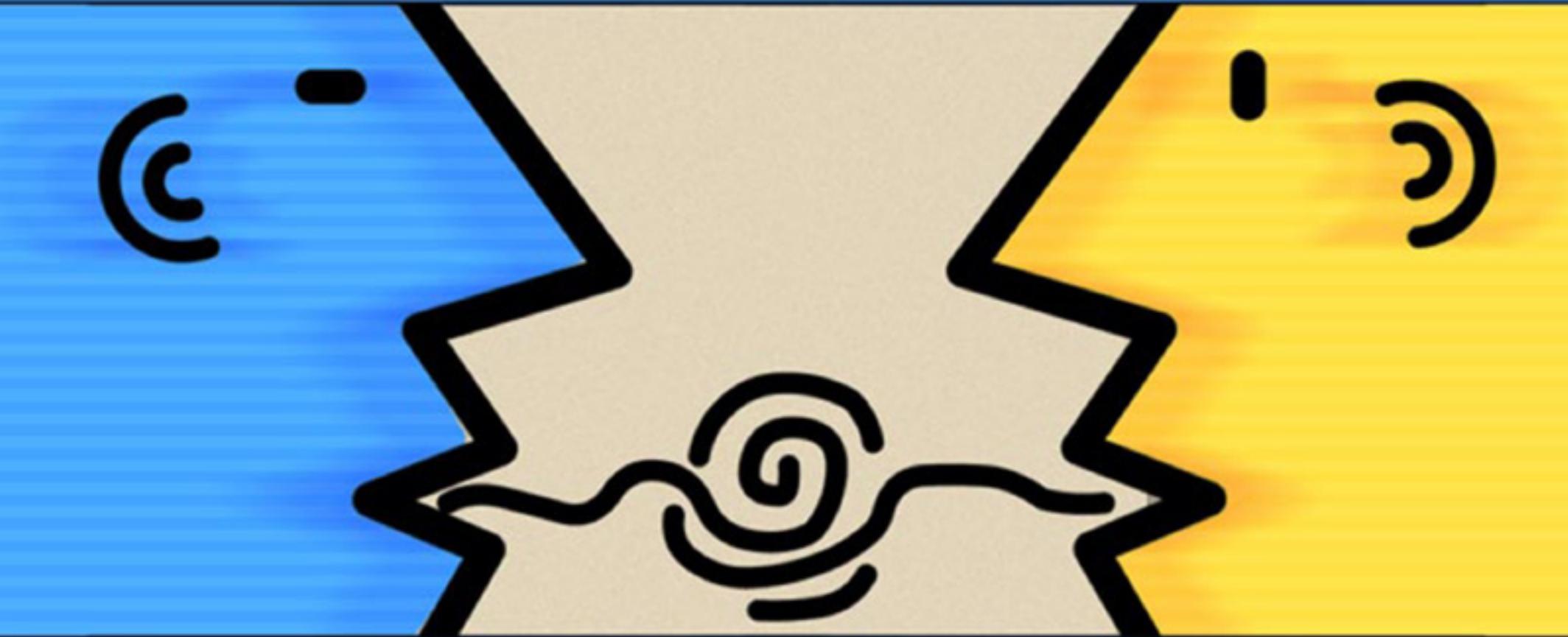
## Konsequenzen

- Bürger sind kritischer geworden, erwarten mehr Transparenz und mehr Beteiligungsmöglichkeiten
- Wandel des Problemhaushalts der Bürger
- Zunahme unkonventioneller politischer Beteiligung

## Wandel der Medienstruktur

- keine direkte Wahrnehmung der Parteien und der Regierungsarbeit
- Zunahme des Medienangebots
- Aufkommen der neuen Medien
- Mobile Endgeräte
- Homogenisierung und Heterogenisierung der Wahrnehmung
- Alt und Jung, bildungsferne und -nahe Bürger

# Das Wahlverhalten bei den Bundestagswahlen 1949 - 2009

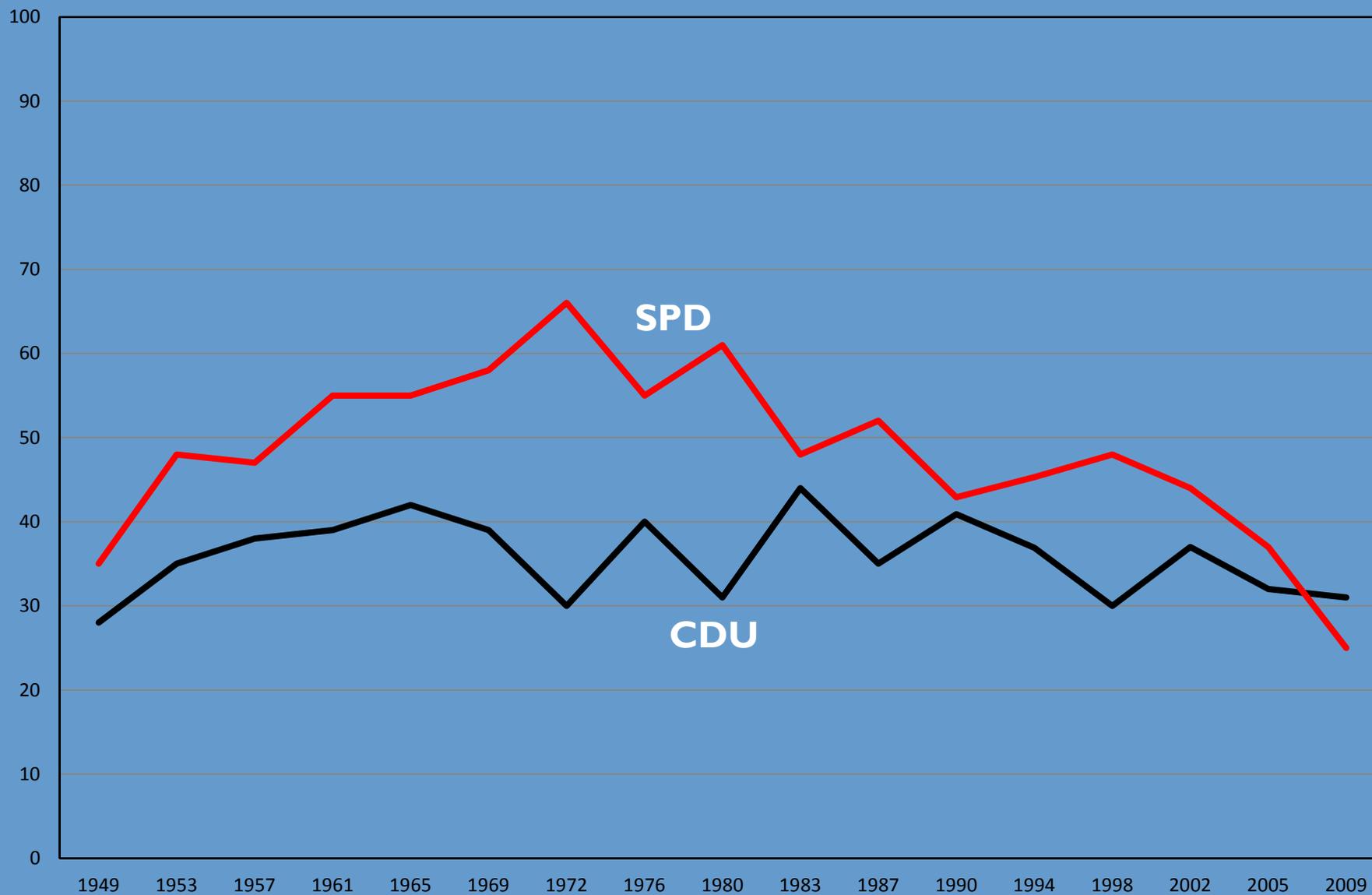


**Empirie**

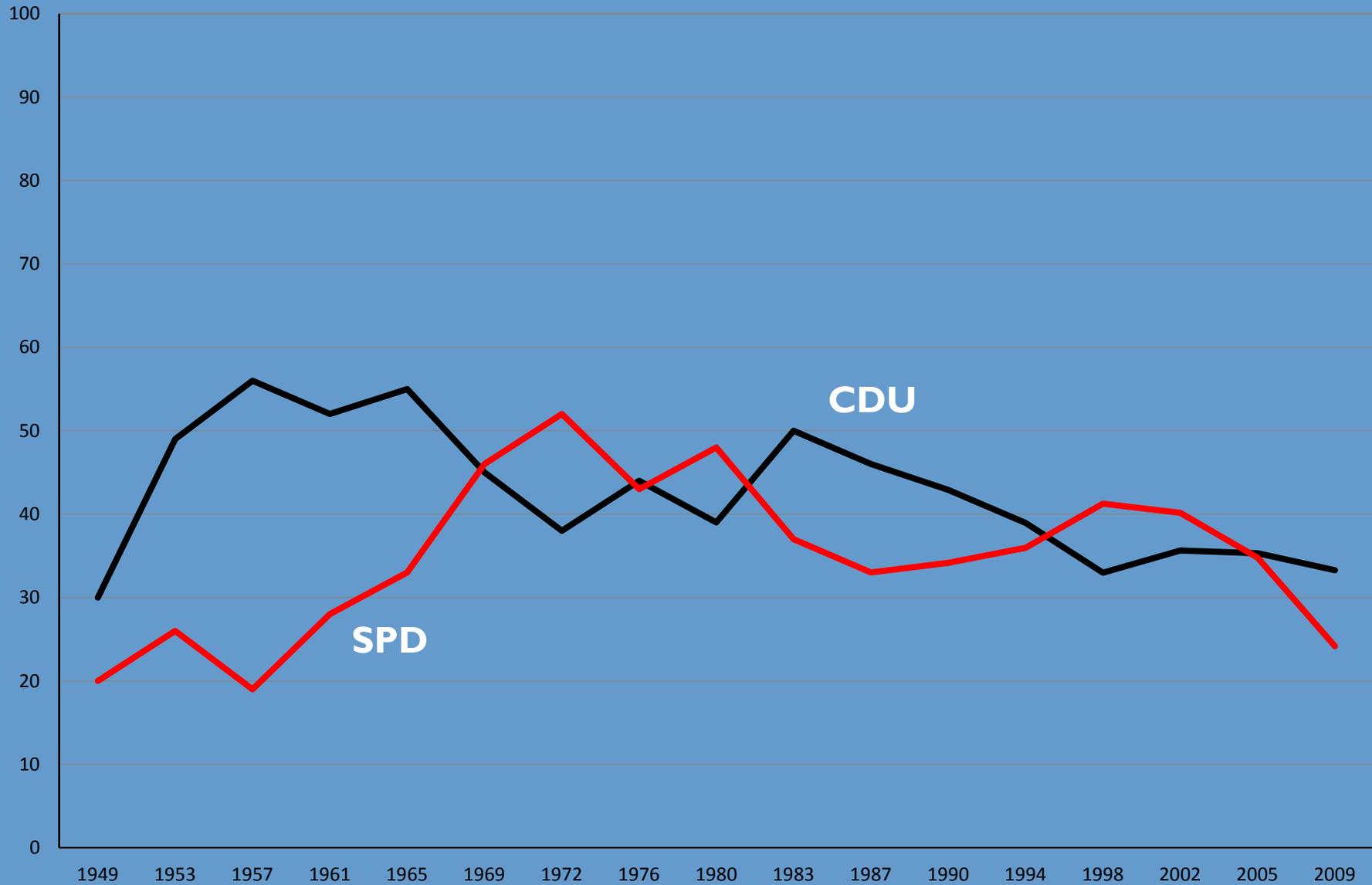
## Entwicklungen im Wahlverhalten

- Rückgang der Parteiidentifikation  
(Westdeutschland: 70er Jahre 80%, 2009 60%)
- Zunahme der Wechselwahl
- Politikerverdrossenheit
- Problemlösungskompetenz der Großparteien

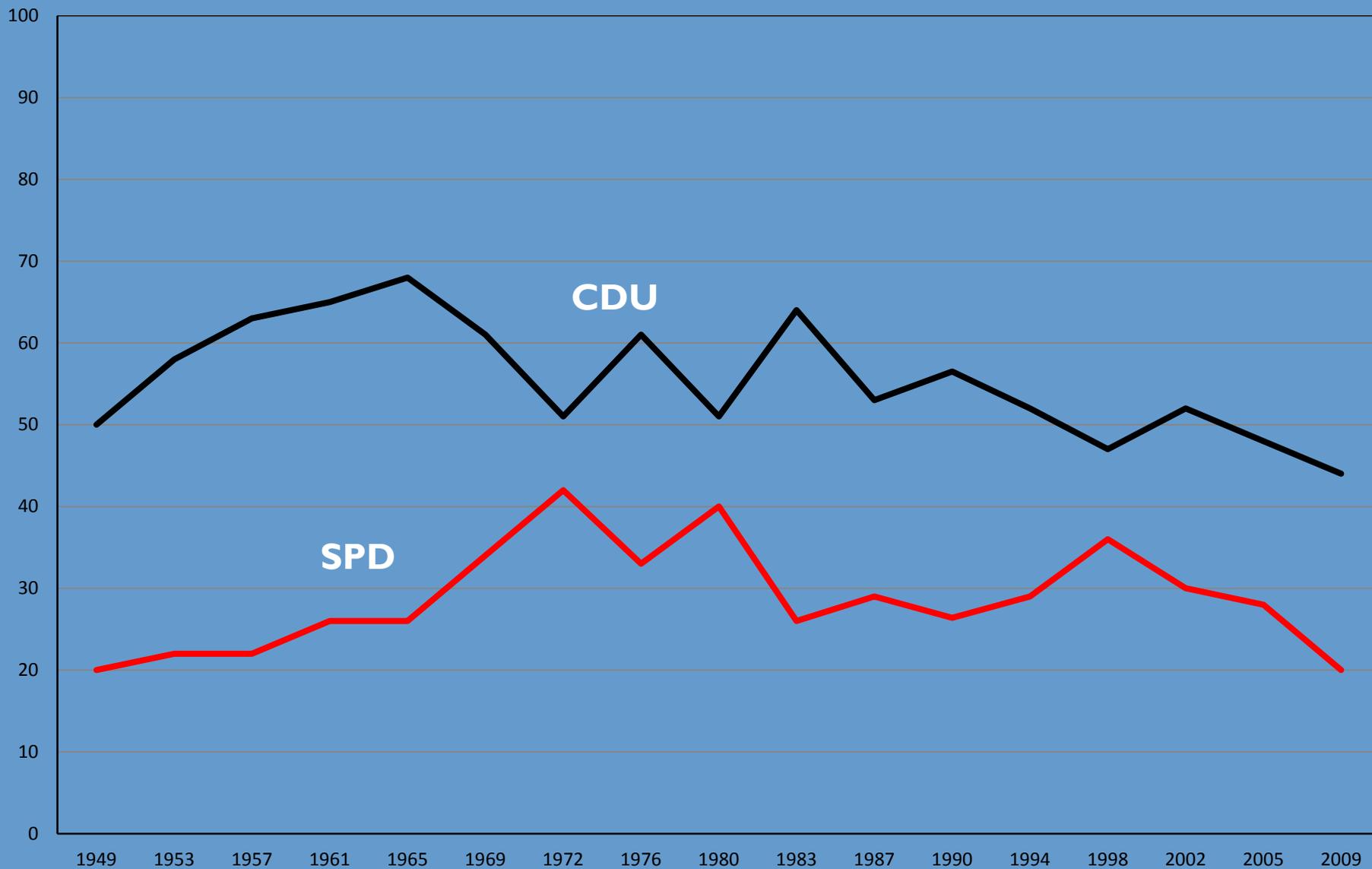
# Wahlverhalten der Arbeiter bei Bundestagswahlen 1949-2009



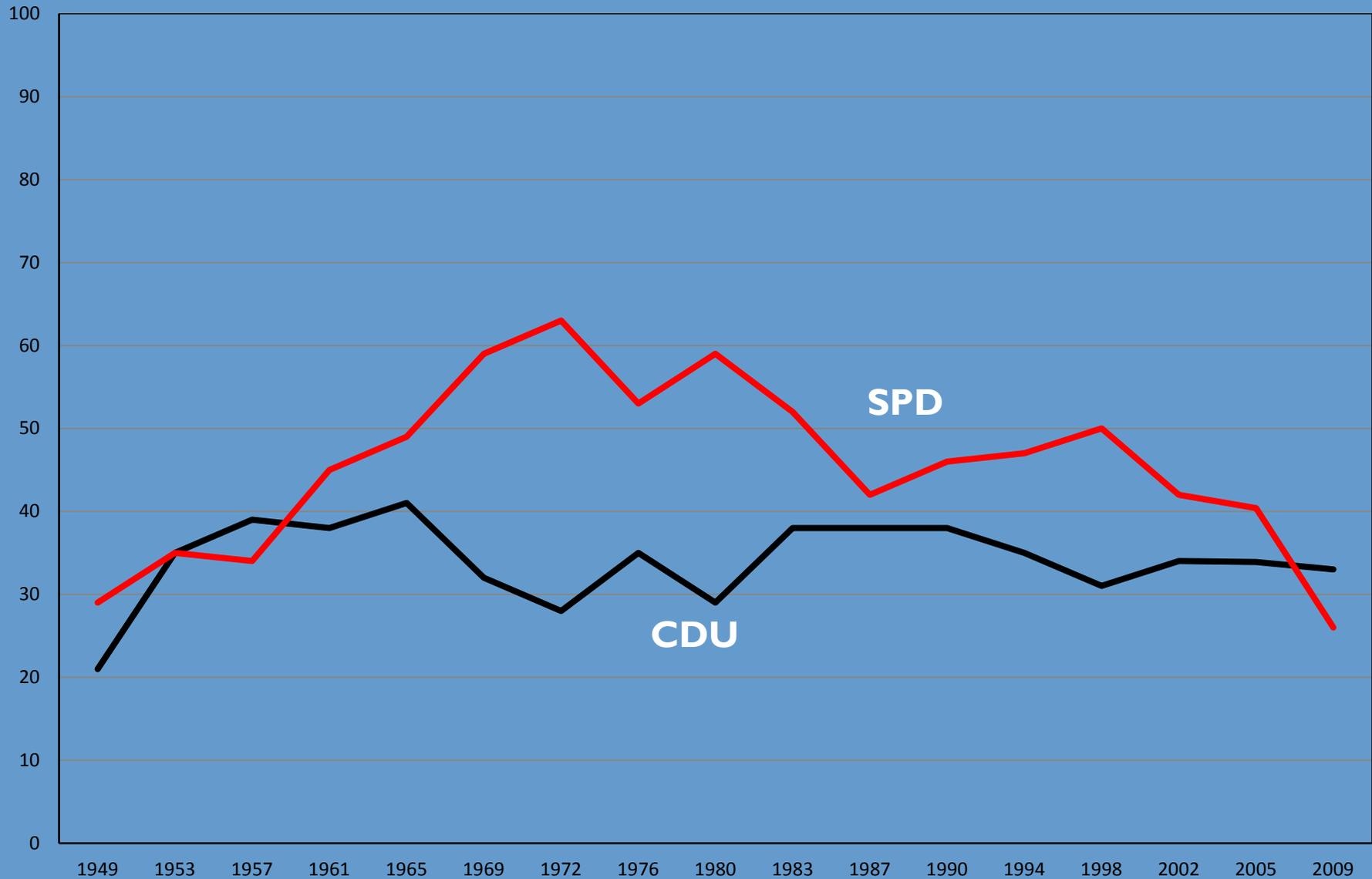
# Wahlverhalten den neuen Mittelstandes bei Bundestagswahlen 1949-2009



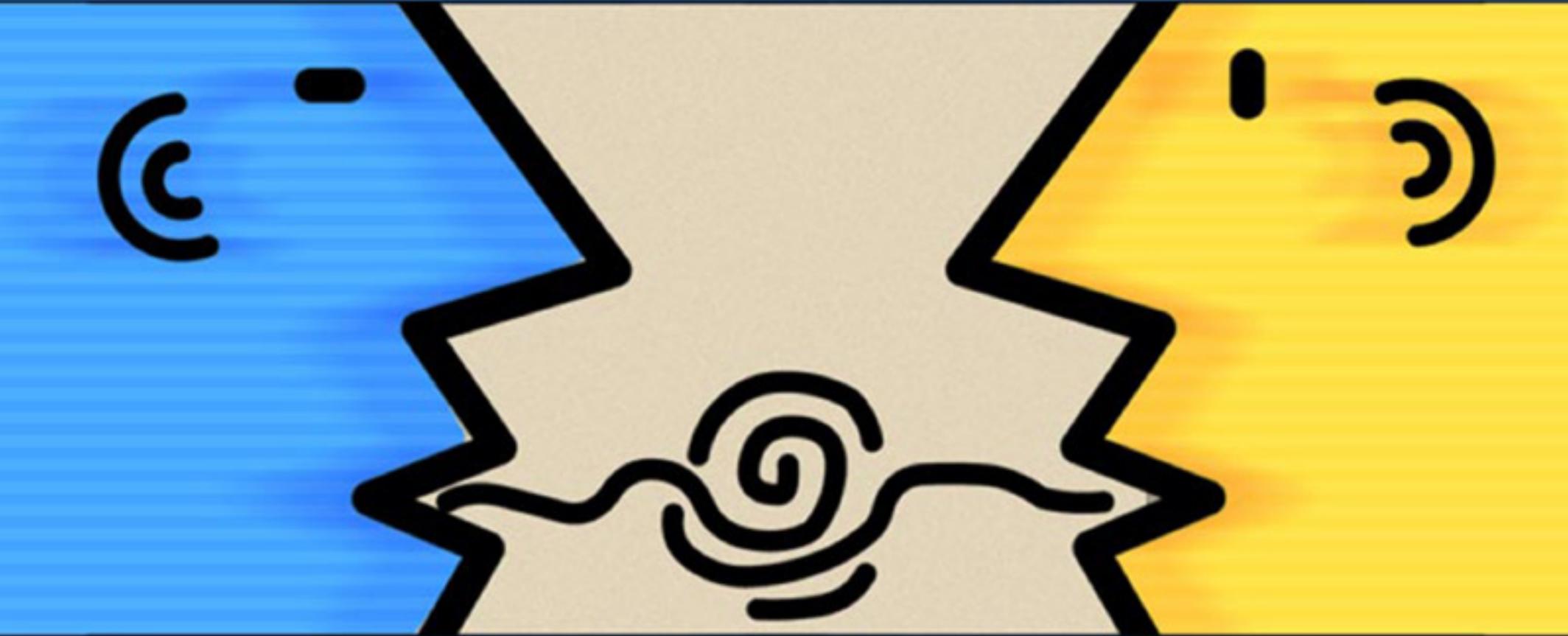
# Wahlverhalten der Katholiken bei Bundestagswahlen 1949-2009



# Wahlverhalten der Protestanten bei Bundestagswahlen 1949-2009



# Die Bundestagswahl 2013



**Strategische Überlegungen**

## Ziele im Wahlkampf

### Mobilisierung

- Wahlhelfer gewinnen, Mitglieder motivieren
- Parteiidentifikation aktivieren
- finanzielle Mittel einwerben
- potenzielle Wähler umwerben

### Imagepflege

- Issueorientierungen (Themenagenda bestimmen, Problemlösungsfähigkeit demonstrieren)
- Kandidatenorientierungen
- zeigen, dass die Personen für die Inhalte stehen

## Strategie der CDU/CSU

- Personalisierung (Popularität der Kanzlerin)
- emotionalisierbare Nebenthemen (Halskette)
- Sachfragen von der Agenda verdrängen
- kontrollierte programmatische Unschärfe
- Koalitions-Optionen offenhalten
- Angriffe durch inhaltliche Anpassung parieren (Mindestlohn)
- Grüne, Linkspartei und Sozialdemokraten als Steuererhöhungs-, Staats- und Umverteilungsparteien attackieren

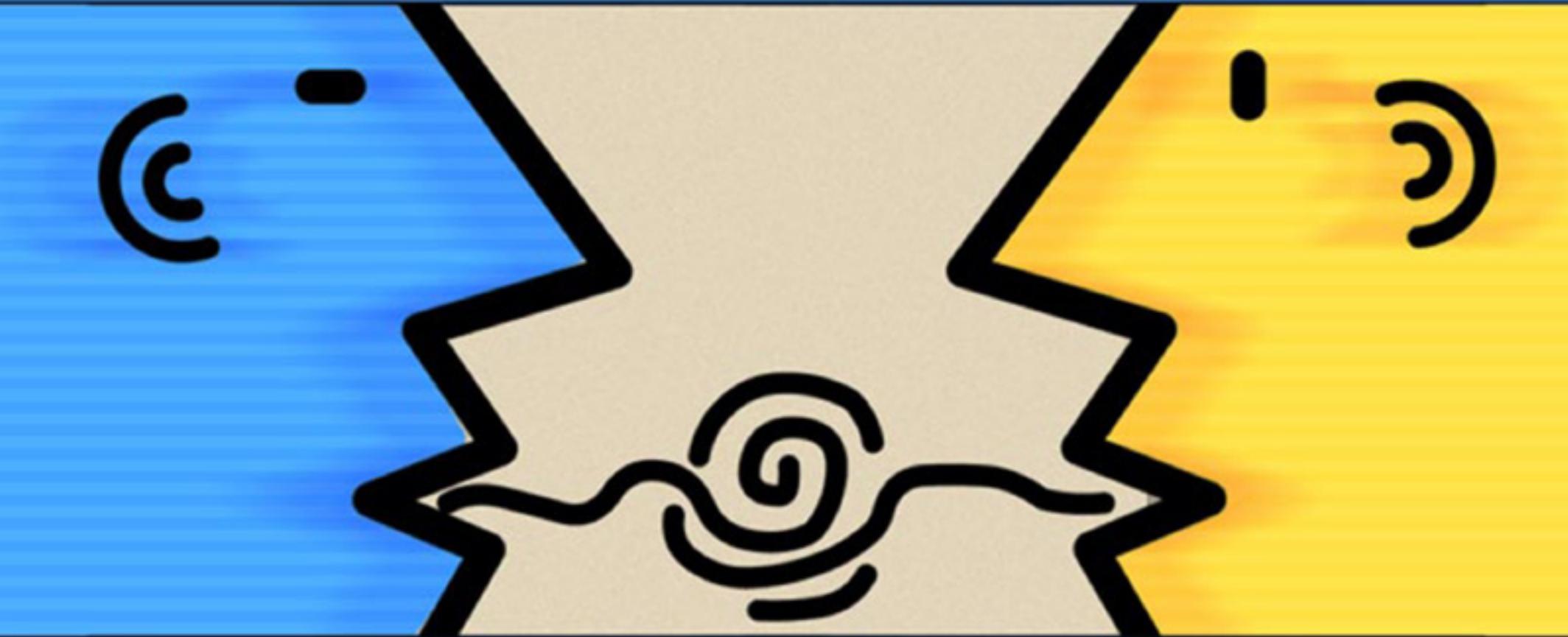
## Strategie der SPD

- Klartext-Anspruch Steinbrücks
- Ursprünglich Wirtschaftspolitik, dann soziale Gerechtigkeit als Leitthema
- Mindestlohn und Steuererhöhungen
- zur Mobilisierung der Parteianhänger das soziale Image des Spitzenkandidaten schärfen
- Ziel: ehemalige SPD-Wähler zurückgewinnen
- kein Gegenmittel gegen die Tarnkappenstrategie der Kanzlerin

# Die Positionen der Parteien im Vergleich

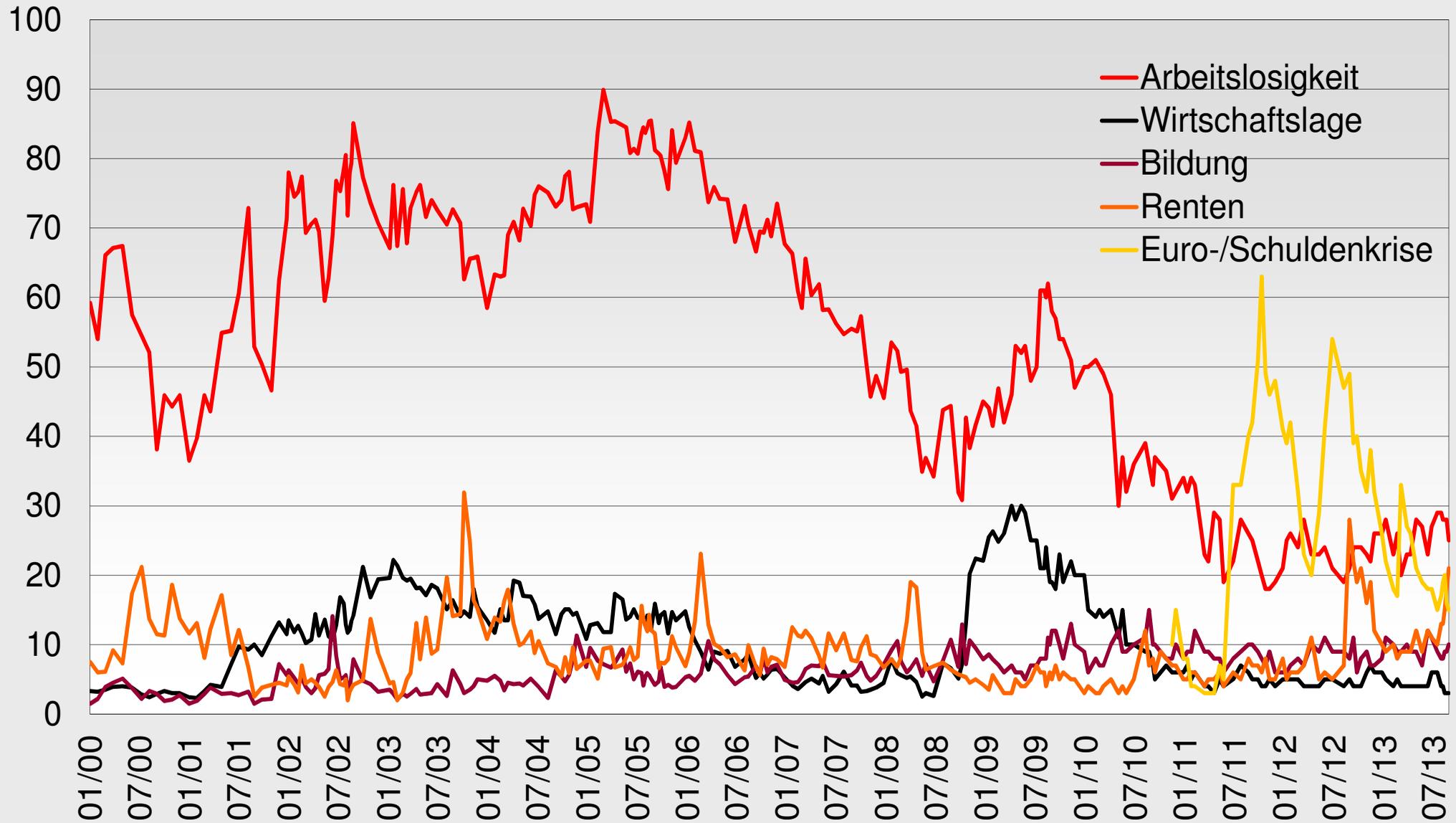
Thema	CDU	FDP	SPD	Grüne	Linke
Es soll ein gesetzlicher flächendeckender <b>Mindestlohn</b> eingeführt werden	-	-	+	+	+
Eltern, deren Kinder nicht in die Kita gehen, sollen ein <b>Betreuungsgeld</b> erhalten.	+	-	-	-	-
Der <b>Strompreis</b> soll vom Staat stärker reguliert werden	-	-	+	-	+
Der <b>Spitzensteuersatz</b> soll erhöht werden	-	-	+	+	+
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen für die Zeit, in der sie <b>Angehörige pflegen</b> , staatliche Lohnersatzleistungen erhalten	-	-	+	+	+
In Aufsichtsräten und Vorständen von Unternehmen soll eine gesetzliche <b>Frauenquote</b> gelten	?	-	+	+	+
Das gesetzliche <b>Renteneintrittsalter</b> soll wieder gesenkt werden	-	-	+	-	+
Energieintensive Industrien sollen sich stärker als bisher an der <b>Finanzierung der Energiewende</b> beteiligen müssen	-	-	?	+	+
Alle Bürgerinnen und Bürger sollen in <b>gesetzlichen Krankenkassen</b> versichert sein müssen	-	-	+	+	+
Bei Neuvermietungen soll der <b>Mietpreis</b> nur begrenzt angehoben werden dürfen	+	-	+	+	+
<b>Hartz-IV</b> -Empfängern und -Empfängerinnen sollen <b>Leistungen</b> nicht gekürzt werden, wenn sie Jobangebote ablehnen	-	-	-	+	+

# Politische Einstellungen der Bürger vor der Bundestagswahl 2013

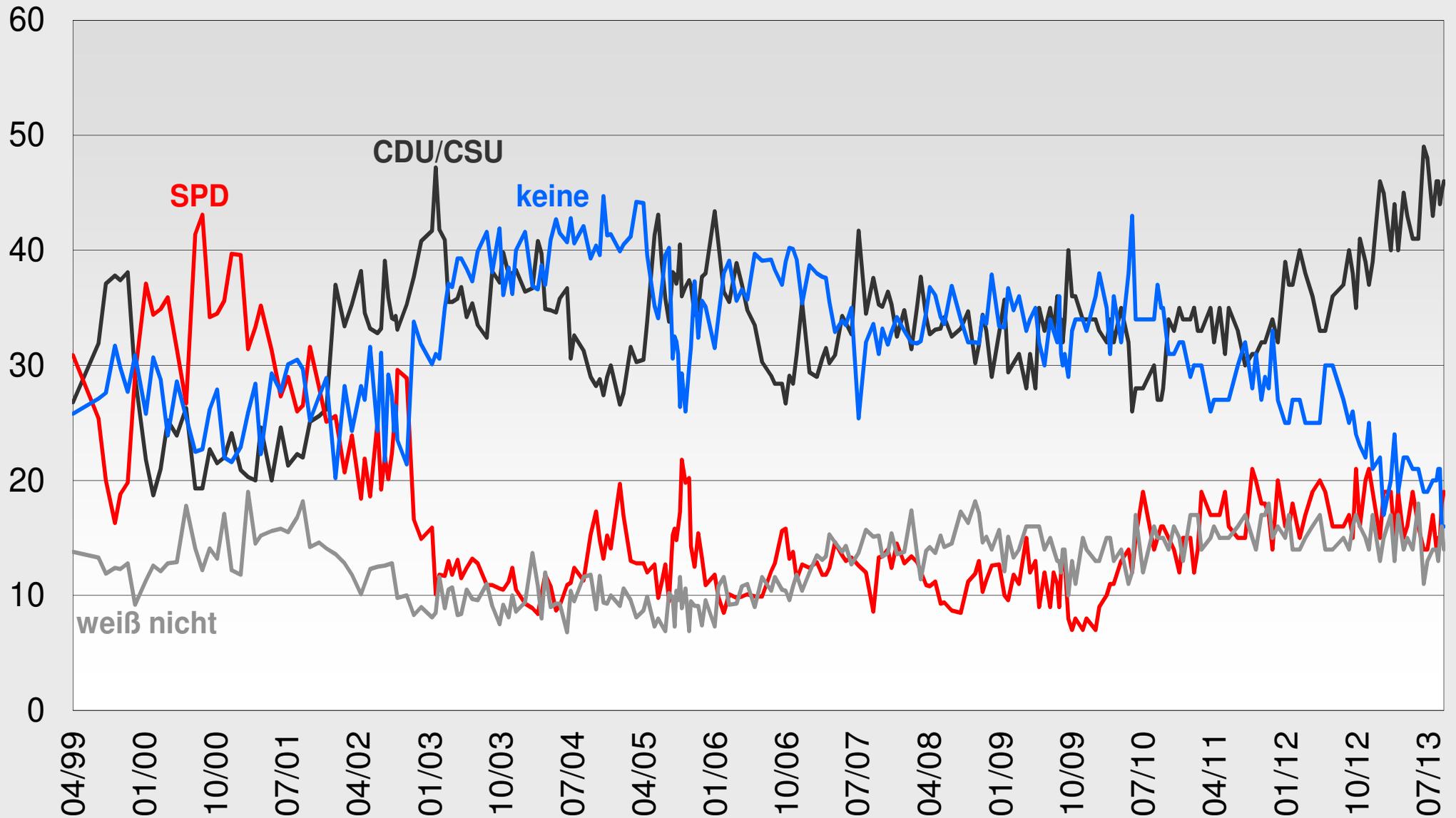


# Wichtige Probleme in Deutschland

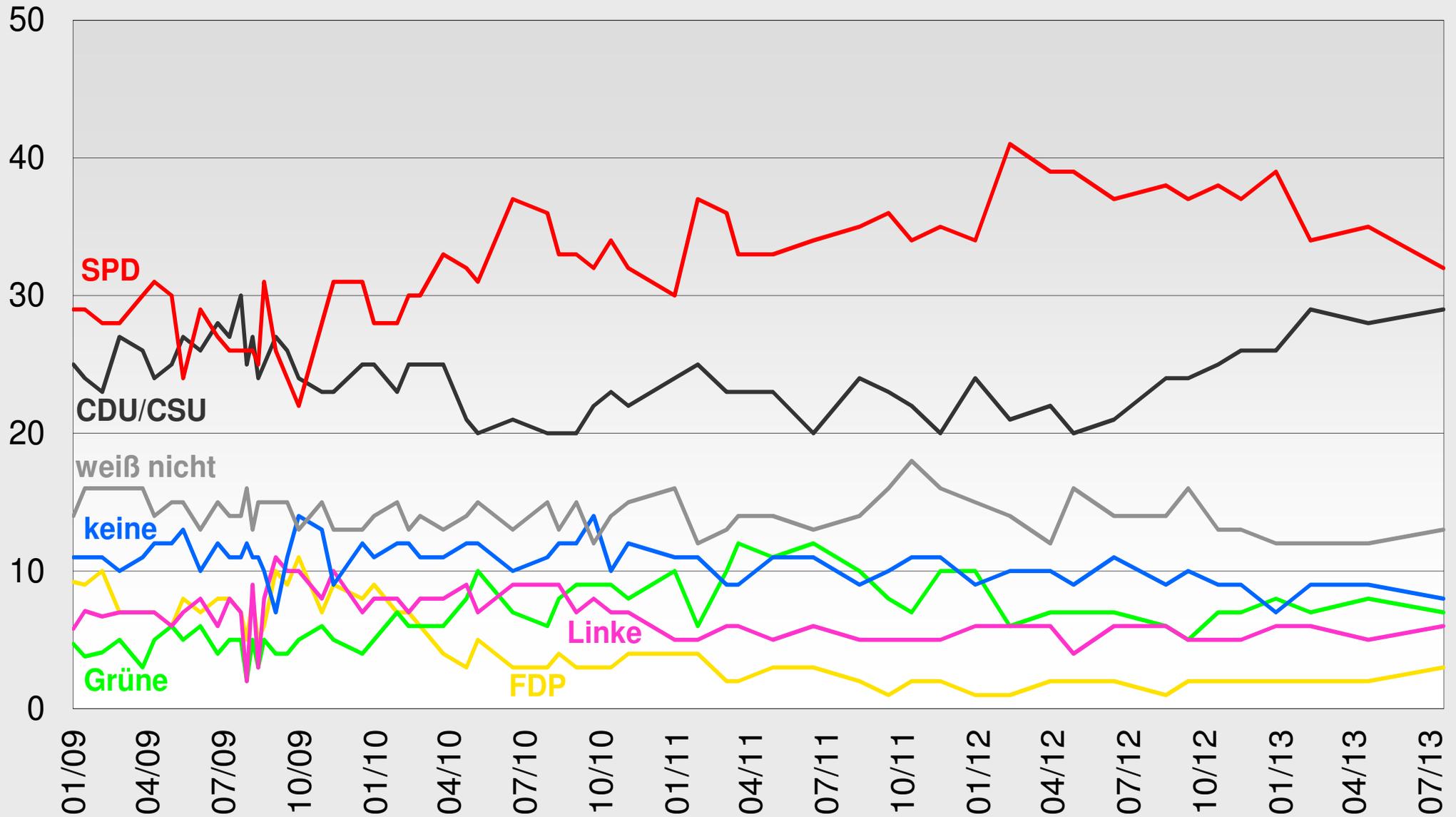
seit 01/2000 (max. zwei Nennungen)



# Parteikompetenz: Wirtschaft seit 04/1999



# Parteikompetenz: Sozialpolitik seit 01/2009



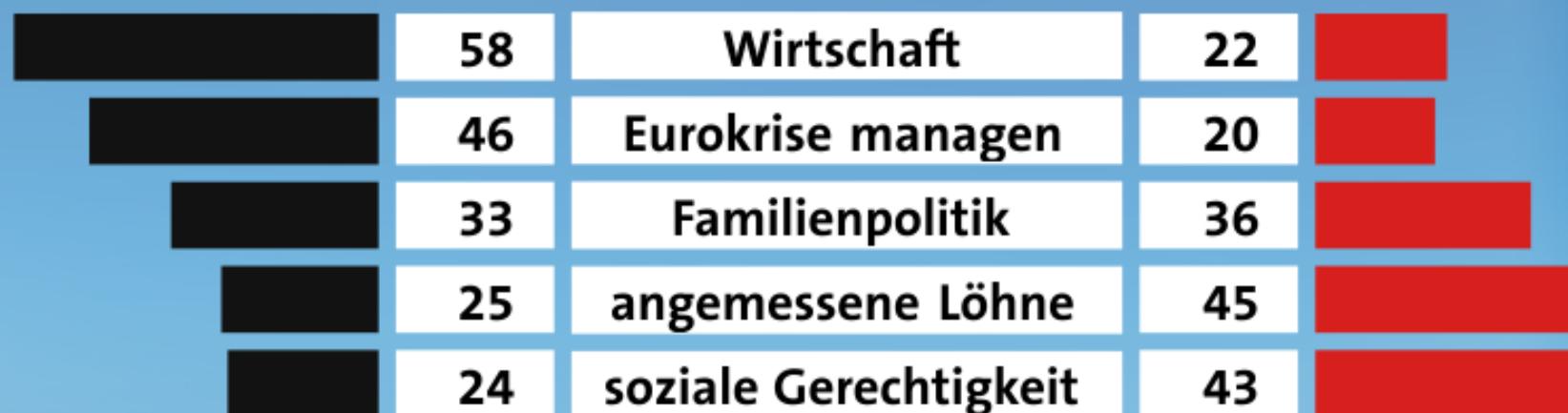
# BUNDESTAGSWAHL 2013

## Parteikompetenzen

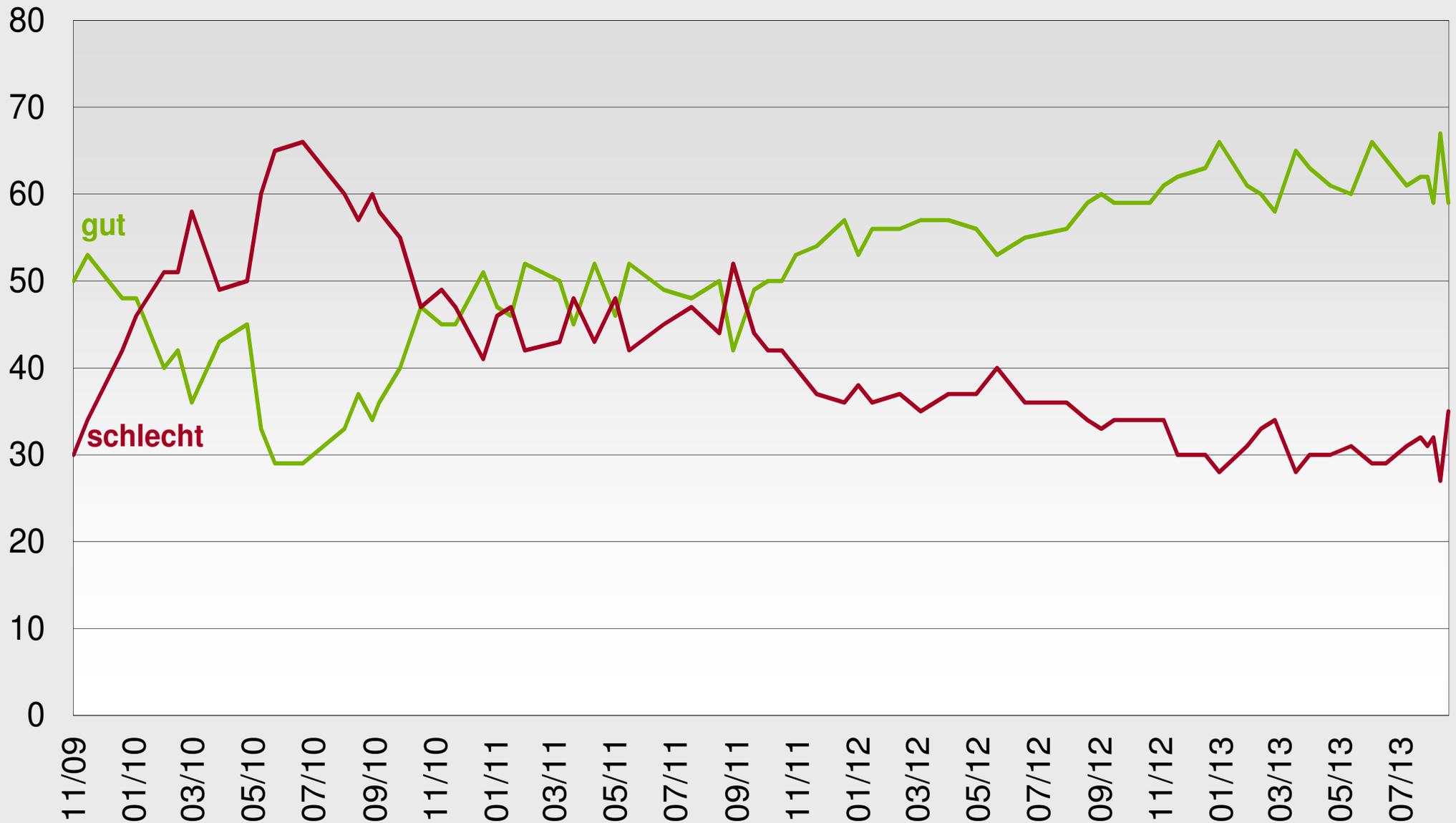
in %

Union

SPD

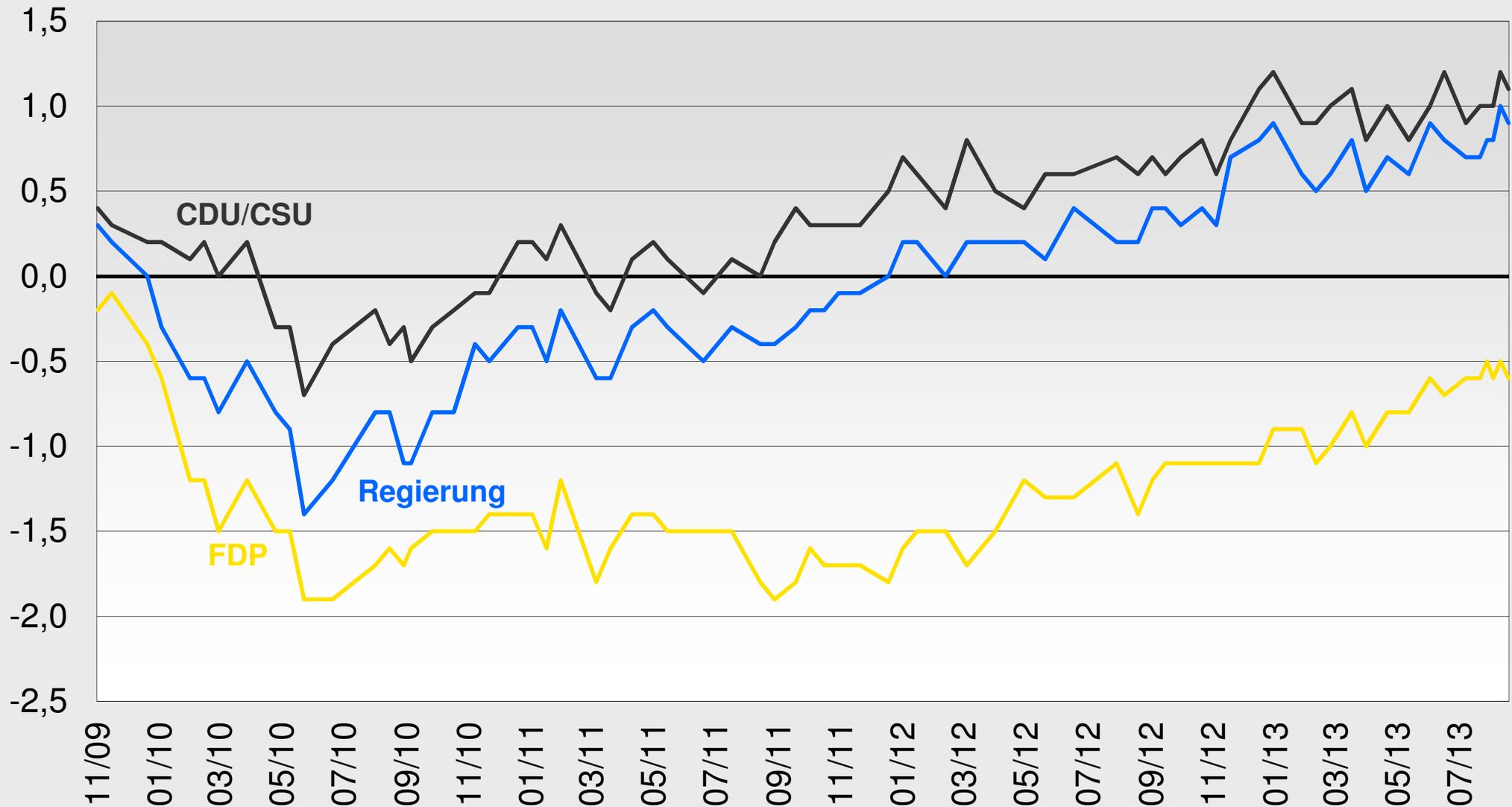


# Die Bundesregierung macht ihre Arbeit eher ... seit 11/2009



# Zufriedenheit mit Bundesregierung insgesamt und Koalitionspartnern im Einzelnen

seit 11/2009 (Mittelwerte auf einer Skala von +5 bis -5)



## BUNDESTAGSWAHL 2013

### Ansichten über die FDP

in %

„Hat viel versprochen und fast nichts davon umgesetzt“

83

„Kümmert sich zu stark um bestimmte Wählergruppen“

79

„Hat in den letzten Jahren nichts bewegt“

70

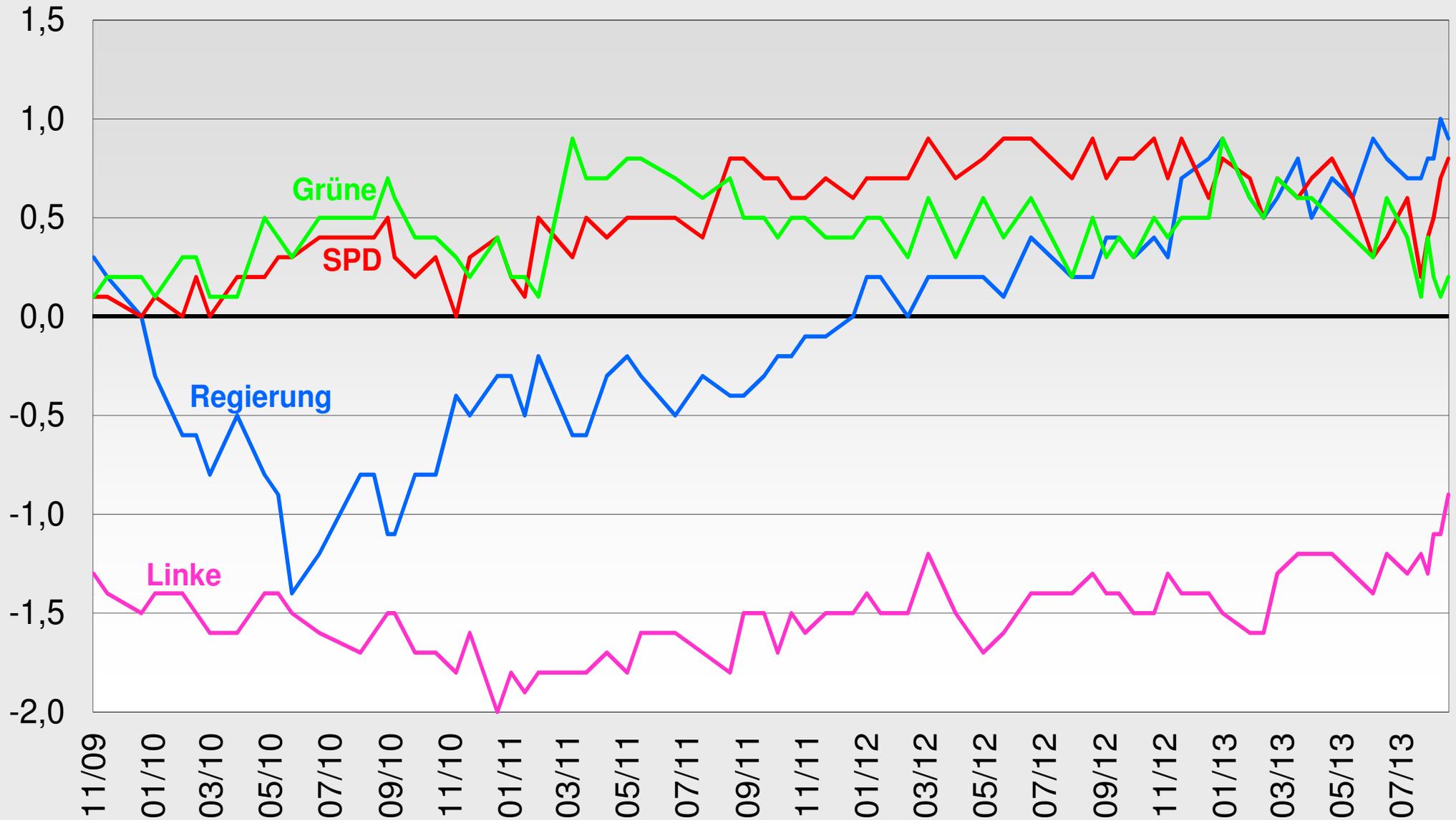
„Wird in Deutschland nicht mehr gebraucht“

51



# Zufriedenheit mit Bundesregierung und Opposition

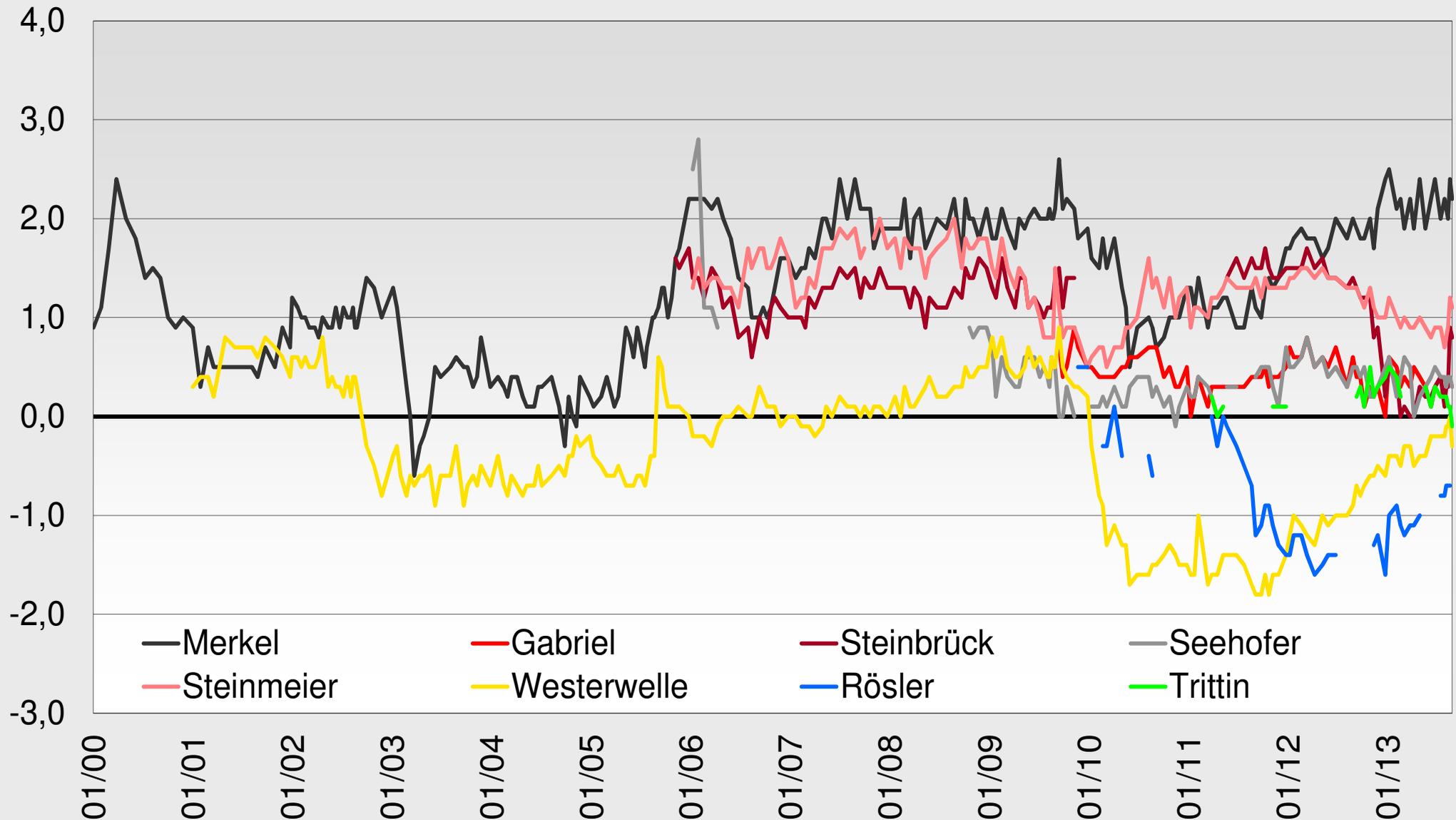
seit 11/2009 (Mittelwerte auf einer Skala von +5 bis -5)





# Bewertung von Politikern nach Sympathie und Leistung

seit 01/2000 (Mittelwerte auf einer Skala von +5 bis -5)



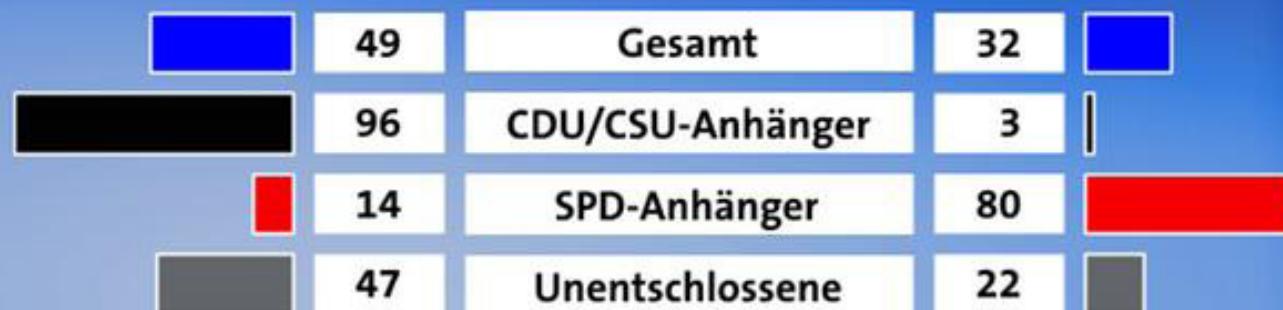
September 2013

DEUTSCHLANDTREND Extra - 12.09.2013

## Kanzlerpräferenz der Parteianhänger

Merkel

Steinbrück



# BUNDESTAGSWAHL 2013

## Profilvergleich

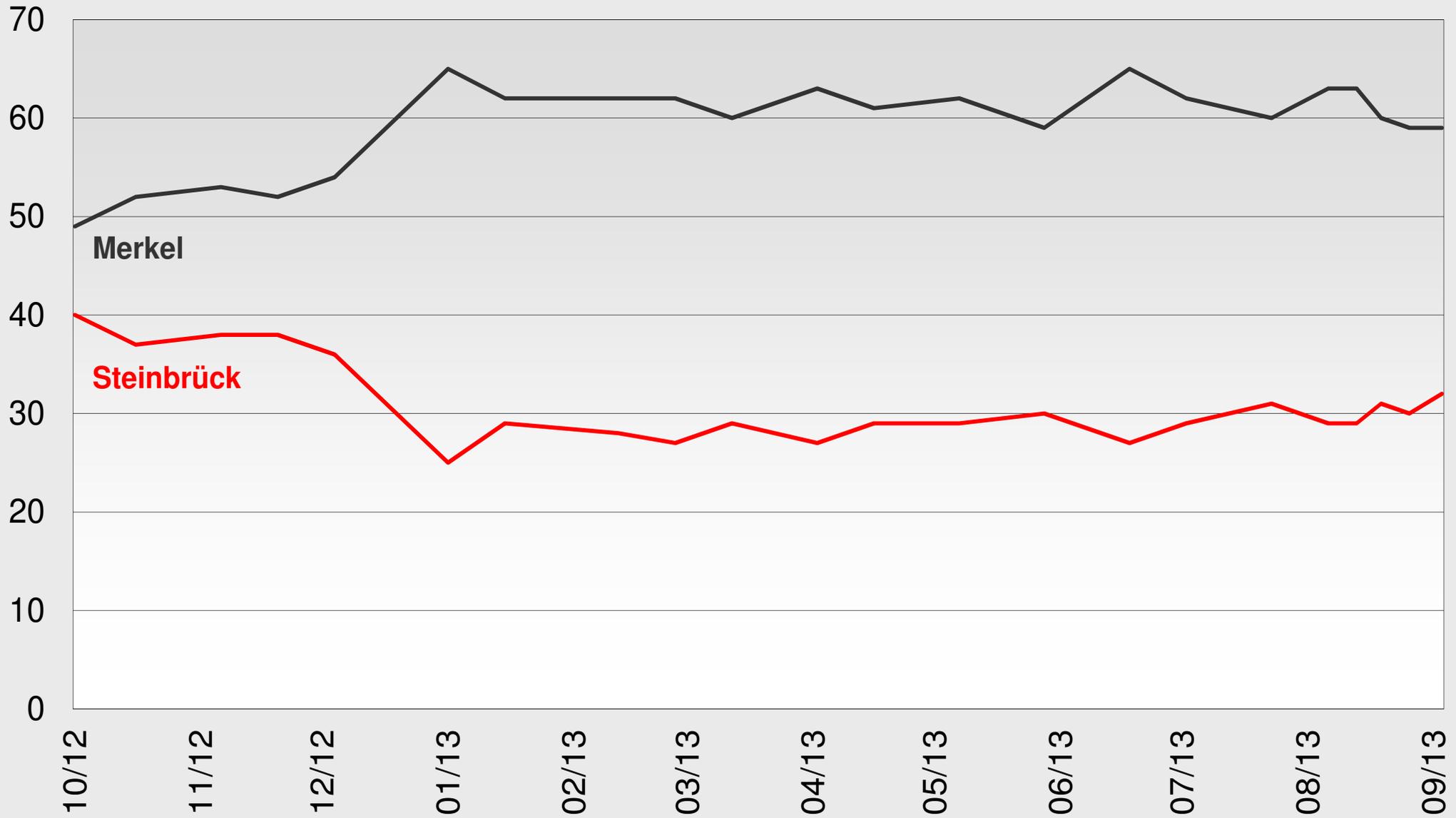
in %

Merkel

Steinbrück

	70	führungsstärker	22	
	57	kompetenter	26	
	57	sympathischer	30	
	53	glaubwürdiger	31	
	40	problembewusster	41	

# Lieber als Bundeskanzler/in



## BUNDESTAGSWAHL 2013

Motive für die Wahl der Partei

in %

### Union

Angela Merkel

46

politische Inhalte

7

beides

45

### SPD

Peer Steinbrück

8

politische Inhalte

55

beides

32

Infratest dimap

# Politische Konsequenzen der Bundestagswahl 2013



## Koalitionsbildung und Chancen

- Koalitionsoptionen
- Persönliche Anreize und inhaltliche Schnittstellen
- Problemhaushalt der nächsten Jahre
- SPD und Grüne: lang- und kurzfristige Chancen
- Die Planung für die BTW 2017 beginnt heute

August 2013

DEUTSCHLANDTREND EXTRA - 15.08.2013

Welche Koalition sollte die SPD anstreben?

Große Koalition mit der Union



Koalition mit Grünen und Linkspartei



SPD sollte in der Opposition bleiben



in %

© Infratest dimap

## CDU/CSU/SPD-Koalition

- Mindestlöhne
- Spitzensteuersatz wird moderat erhöht
- Frauenquote in Vorständen großer Unternehmen
- Energieintensive Industrien werden nicht stärker an der Finanzierung der Energiewende beteiligt
- Mietpreisbremse wird eingeführt
- Renteneintrittsalter wird flexibler gestaltet
- keine grundlegende Reform des Krankenversicherungssystems